Stadt Heinsberg

Vorlagen-Nr.
2018/Amt 10/00730

Antrag

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungsdatum
Rat	Entscheidung Ö	26.09.2018

Mehr Bürgerservice in der Verwaltung durch erweiterte Öffnungszeiten

Der Antrag der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vom 14. Juli 2018 hat folgenden Wortlaut:

Wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sind der Ansicht, dass viele Bürger*innen oftmals zeitliche Probleme haben ihre Verwaltungsgeschäfte innerhalb der Öffnungszeiten der Verwaltung zu erledigen. Dies wurde uns schon öfter in der Vergangenheit von Bürger*innen zugetragen.

Es ist oftmals so, dass in Vollzeit beschäftige Arbeitnehmer*innen keine Gleitzeit haben, um damit disponieren zu können und sie sich somit zu ihren eigenen Lasten vom Arbeitgeber freistellen lassen müssen, oder im schlimmeren Fall sogar Urlaub nehmen müssen, um z.B. einen Personalausweis zu beantragen oder abzuholen.
Erschwerend kommt für viele auswärtig arbeitende Bürger*innen dazu, dass sie innerhalb der angebotenen Öffnungszeiten der Verwaltung (montags bis 17.00 Uhr, donnerstags bis 16.00 Uhr) keine Chance haben rechtzeitig in der Verwaltung zu sein.

Es kann auch nicht der richtige Weg sein Verwaltungsgeschäfte über Vollmachten abzuwickeln und Verwandte oder Bekannte mit der Wahrnehmung der eigenen Interessen zu beauftragen.

Wir sehen hier entsprechenden Handlungsbedarf den Bürgerservice durch die Verwaltung zu verbessern und Dienstleistungszeiten (zumindest sporadisch) anzubieten, die den Bürger*innen in dieser Hinsicht entgegen kommen.

Vorstellbar wäre für uns, dass ein Dienstleistungsabend pro Woche (ca. 2 Std.) angeboten wird oder alternativ ein Samstagvormittag im Monat (ca. 3 – 4 Std.).

In diesen erweiterten Dienstleistungszeiten sollen mindestens alle Verwaltungsvorgänge des Einwohnermeldeamtes angeboten werden. Darüber hinaus soll die Verwaltung prüfen, welche weiteren Angebote sinnvoll erscheinen und mit geringem Personalaufwand zusätzlich angeboten werden können.

Die erweiterten Dienstleistungszeiten sollen zunächst testweise für 6 Monate eingeführt werden, um die Nutzung dieses zusätzlichen Angebots zu bewerten. Danach soll entschieden werden, ob diese erweiterten Dienstleistungszeiten beibehalten werden oder nicht.

Nähere Erläuterungen erfolgen ggf. mündlich in der Ratssitzung.

Wir die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen deshalb folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Heinsberg möge beschließen probeweise erweiterte Dienstleistungszeiten der Verwaltung, wie vorstehend beschrieben, für die Dauer von 6 Monaten einzuführen. Nach Ablauf dieser Probezeit ist aufgrund der bis dahin gewonnenen Erkenntnisse erneut darüber zu entscheiden, ob diese erweiterten Dienstleistungszeiten beibehalten werden sollen oder nicht.
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Verwaltungsvorgänge, neben Einwohnermeldeamtsangelegenheiten, an diesen zusätzlichen Öffnungszeiten angeboten werden können, welche sinnvoll erscheinen und mit geringer Personalbesetzung möglich sind.